

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA/VIII-032/2011)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 14.02.2011, 15:05 Uhr bis 16:35 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
1.1.	Verkauf eines Grundstückes an der Kreisklinik Groß-Umstadt zum Bau eines Ärztehauses Vorlage: 4129-2011/DaDi
1.2.	Änderung der Satzung über die Teilnahme an Kindertagespflege pp. Vorlage: 4021-2010/DaDi
1.3.	Änderung von §2 der Satzung vom 13.12.2010 der Stiftung "Darmstadt-Dieburg- Hilfe - Region Starkenburg-" Vorlage: 4116-2011/DaDi
1.4.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Zentralen Leitstelle Dieburg (Rettungsdienstgebührensatzung Dieburg) Vorlage: 4132-2011/DaDi
1.5.	KfB - Richtlinien der Kosten der Unterkunft und Richtlinie 2011 - Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 3897-2010/DaDi
1.6.	Sonderregelung in der KfB - Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 4133-2011/DaDi
1.7.	Gültigkeit der Richtlinien zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten - Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 4134-2011/DaDi
1.8.	Unerledigtes - Antrag FDP Vorlage: 4136-2011/DaDi

1.9.	Vorlage Jahresabschluss 2009 - Antrag FDP Vorlage: 4138-2011/DaDi
1.10.	Schuldenbremse - Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 4130-2011/DaDi
2.	Kenntnisnahmen
2.1.	Ergebnisse des Portfoliomanagements - Halbjahresbericht 2010 Vorlage: 3859-2010/DaDi
2.2.	Unterzeichnung Pflegestützpunktvertrag Vorlage: 3924-2010/DaDi
2.3.	Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens für den Eigenbetrieb Kreiskliniken, Herstellungskosten des Zentrums für seelische Gesundheit in Groß-Umstadt Vorlage: 3967-2010/DaDi
2.4.	Aufnahme eines kurzfristigen KfW-Darlehens zur Finanzierung eines Nahwärmenetzes mit anschließender Bezuschussung des Bundes Vorlage: 3989-2010/DaDi
2.5.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (November 2010) Vorlage: 4044-2010/DaDi
2.6.	Aktualisierung der Richtlinie zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zum 01.02.2011 Vorlage: 4089-2010/DaDi
2.7.	Zielvereinbarung zwischen dem Hessischen Sozialministerium und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 4092-2010/DaDi
2.8.	Aufnahme eines KfW-Kommunaldarlehen zum 15.12.2010 zur Finanzierung der energetischen Sanierungsmaßnahmen in Trakt 1 Vorlage: 3923-2010/DaDi/1
2.9.	Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens für den Eigenbetrieb Da-Di-Werk zur Restfinanzierung der energetischen Sanierungsmaßnahmen von Trakt 1 Vorlage: 4093-2010/DaDi
2.10.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Dezember 2010) Vorlage: 4099-2011/DaDi
2.11.	Ergebnisse des Portfoliomanagements - Jahresbericht 2010 Vorlage: 4106-2011/DaDi
2.12.	Prolongation von Darlehen des Landkreises Darmstadt-Dieburg; Roll-Over-Vereinbarung zum 31.01.2011 Vorlage: 4121-2011/DaDi
2.13.	Verbraucherberatung - Information zu den Beratungsstellen in Darmstadt und in Dieburg Vorlage: 4143-2011/DaDi
2.14.	Jahresabschluss 2009 Vorlage: 4157-2011/DaDi
3.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Rolf Geiger	
Herr Bernd Hartmann	
Herr Bürgermeister Karl Hartmann	
Herr Norbert Leber	
Frau Bürgermeisterin Christel Sprößler	
Frau Dagmar Wucherpennig	
Fraktion der CDU	
Herr Peter Christ	
Herr Bürgermeister Carsten Helfmann	
Frau Iris Landgraf-Sator	
Herr Reinhard Rupprecht	
Herr Erhardt Zachertz	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Brigitte Harth	
Herr Jochen Myrzik	
Fraktion der FDP	
Herr Klaus-Jürgen Hoffie	
Fraktion der FW	
Frau Brigitte Tesch	Vertretung für Horst Pasewald
Fraktion von Die Linke-DKP	
Herr Walter Busch-Hübenbecker	
Kreistagspräsidium	
Herr Horst Deusinger	
Herr Dr. Ralf-Rainer Lavies	
Frau Karin Neipp	
Herr Manfred Pentz	ab TOP 1.9 (15:50 Uhr)
Herr Horst Vollrath	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Frau Kreisbeigeordnete Anita Korte	
Herr Kreisbeigeordneter Rolf Meyer	
Herr Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Hans Neunhoeffler	
Frau Kreisbeigeordnete Anna Schneider	
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß	
Frau Kreisbeigeordnete Karin Voigt	
Verwaltung	
Frau Judith Epp	
Herr Klaus Grimm	
Herr Frank Horneff	
Herr Michael Hutterer	
Herr Rainer Leiß	
Herr Raab	

Anwesende
Frau Ute von Massow

Abwesende
Fraktion der FW
Herr Horst Pasewald
Kreisausschuss
Herr Kreisbeigeordneter Uwe Bülter
Herr Kreisbeigeordneter Dieter Emig
Herr Kreisbeigeordneter Dietmar Schöbel
Frau Kreisbeigeordnete Marianne Streicher-Eickhoff
beratende Mitglieder
Herr George Bal

Vorsitzender Hartmann stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzender Hartmann** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Änderungswünsche dazu werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Rainer Leiß.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagssitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 4129-2011/DaDi

Aktenzeichen: 510-024

Betreff: **Verkauf eines Grundstückes an der Kreisklinik Groß-Umstadt zum Bau eines
Ärztehauses**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

1. Der Errichtung eines Ärztehauses durch einen privaten Investor auf dem als "Baufeld 2" bezeichneten Teilgrundstück an der Kreisklinik Groß-Umstadt wird zugestimmt.
2. Der Verkauf des Teilgrundstücks mit einer Gesamtfläche von 1.920 m² erfolgt zum gutachterlich ermittelten Marktwert.
3. Vertraglich ist sicherzustellen, dass die Verwendung des Grundstücks zu anderen Zwecken ausgeschlossen ist und eine Wettbewerbsklausel sowie ein Vetorecht des Kreises als Mieter im Ärztehaus festgeschrieben werden.
4. Die weiteren Umsetzungsschritte sind dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 4021-2010/DaDi

Aktenzeichen: 422-005

Betreff: **Änderung der Satzung über die Teilnahme an Kindertagespflege pp.**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Landkreis Darmstadt-Dieburg in der Form der Bekanntmachung vom 31.03.2010 wird wie folgt geändert:

**Änderungssatzung
zur Satzung über die Teilnahme
an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen
und die Gewährung einer laufenden Geldleistung
im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Aufgrund der §§ 5, 16, 17, 30 und 53 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.03.2010 (GVBl. I S. 119,120), der §§ 1 bis 5 a und 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (Hess. KAG) vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.01.2005 (GVBl. I S. 54), sowie der Bestimmungen des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (HessVwVG) in der Fassung vom 12.12.2008 (GVBl. I 2009 S. 2), geändert durch Gesetz vom 14.12.2009 (GVBl. I 2009 S. 635, 640), hat der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg in seiner Sitzung am folgende Änderungssatzung beschlossen:

§ 3 Abs. 2.5 erhält folgende Fassung:

Bei Betreuungen zu Randzeiten, beispielsweise vor oder nach institutioneller Kindertagesbetreuung ist für eine unter der tabellarisch (Abs. 2.2) festgelegten monatlichen Mindestbetreuungszeit von 21,5 Stunden liegenden Betreuungszeit ein Stundensatz von 3,- € abrechenbar.

Aus § 3 Abs. 2.5 (alt) wird **§ 3 Abs. 2.6 (neu)**.

§ 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Die Höhe des Kostenbeitrages ist einkommensabhängig und ergibt sich aus der als Anlage 2 beigefügten Tabelle. Sofern Leistungen gemäß § 3 Abs. 2.5 in Anspruch genommen werden, wird ein Kostenbeitrag in Höhe von 50 % des Stundensatzes erhoben.

§ 5 erhält folgende Überschrift:

Einkünfte

§ 6 erhält folgende Überschrift:

Maßgebliche Einkünfte

§ 7 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Soweit die Kindertagespflege ergänzend zur Betreuung in einer Kindertageseinrichtung gewährt wird, ermäßigt sich der Kostenbeitrag um 25 %, wenn der Kostenbeitragspflichtige gleichzeitig eine Gebühr oder einen Teilnahmebeitrag für die Kindertageseinrichtung zu entrichten hat.

§ 7 wird um folgenden Abs. 3 ergänzt:

Der Kostenbeitrag kann gemäß § 90 Abs. 3 SGB VIII ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 82 bis 85, 87 und 88 des SGB XII entsprechend. Bei der Einkommensberechnung bleibt die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz unberücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.3.

Vorlage-Nr.: 4116-2011/DaDi

Aktenzeichen: 419-003

Betreff: **Änderung von §2 der Satzung vom 13.12.2010 der Stiftung "Darmstadt-Dieburg-Hilfe - Region Starkenburg-"**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung wird wie folgt geändert:

§ 2 Stiftungszweck

1. Zweck der Stiftung ist die Gewährung von Finanz- und Sachhilfen zu Gunsten Geschädigter zur Beseitigung von Schäden infolge regionaler oder überregionaler Großschadensereignisse durch zumindest katastrophenähnliche Ereignisse wie plötzlichem Auftreten von Naturgewalten und Seuchen, technischen Störfällen oder ähnlichem.
Dies sind im Besonderen:
 - die Förderung des Hochwasserschutzes,
 - die Förderung der Rettung aus Lebensgefahr und
 - die Förderung des Katastrophen- und Zivilschutzes
2. Diese Zwecke werden insbesondere durch nachfolgende Maßnahmen und Aufgabenstellungen verfolgt:
 - Beschaffung von Spenden für die unter 1. genannten Zwecke
 - Koordination der unterschiedlichen Aktivitäten und der Akteure
 - Bereitstellung von Personal
3. Die Stiftung ist eine Förderstiftung nach § 58 Nr. 1 AO.
4. Wie der Stiftungszweck im Einzelnen verwirklicht wird, entscheidet der Stiftungsrat (siehe § 9 ff.) unter Beachtung des Haushaltsplanes.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.4.

Vorlage-Nr.: 4132-2011/DaDi

Aktenzeichen: 140-001

Betreff: **Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Zentralen Leitstelle Dieburg (Rettungsdienstgebührensatzung Dieburg)**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Auf Nachfrage des **Abg. Zachertz** (CDU) zur Ursache der vorzunehmenden Gebührenerhöhung verweist **Landrat Schellhaas** auf die als Anlage 2 der Vorlage beigefügte Kostenaufstellung, die den Status Quo (Kalkulation 2007), das Ergebnis 2009 sowie die Planung 2011 gegenüberstellt und verweist insbesondere auf die in der Begründung auch erläuterte geänderte Bezuschussung durch das Land Hessen (2009: 3,25 Personalstellen; 2011: 0,20 Euro pro Einwohner im Rettungsdienstbereich).

Beschlussvorschlag:

Die Änderungssatzung wird wie folgt beschlossen:

Satzung

zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für
die Inanspruchnahme der Zentralen Leitstelle Dieburg
(Rettungsdienstgebührensatzung Dieburg)

Aufgrund des § 5 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I S. 183), des § 9 Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG) vom 16. Dezember 2010 (GVBl. I S. 646) und § 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg am ... die nachstehende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Es werden für jeden erteilten Einsatz- oder Fahrauftrag 47,82 € erhoben“.

Artikel 2

Die Satzung tritt rückwirkend ab 1.1.2011 in Kraft..

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.5.

Vorlage-Nr.: 3897-2010/DaDi

Aktenzeichen: 412-007

Betreff: **KfB - Richtlinien der Kosten der Unterkunft und Richtlinie 2011 - Antrag Die Linke/DKP**Beschluss: **erledigt**

Vorsitzender Hartmann verweist auf die in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales gegebene Beschlussempfehlung, den Antrag für erledigt zu erklären, und stellt Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest, diese Beschlussempfehlung zu übernehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Kreisagentur für Beschäftigung – wird aufgefordert ihre Richtlinien zur Kosten der Unterkunft für Bezieher/innen des SGB II und des SGB XII spätestens bis zum 1.2. 2011 zu aktualisieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.6.

Vorlage-Nr.: 4133-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-007

Betreff: **Sonderregelung in der KfB - Antrag Die Linke/DKP**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt folgende Sonderregelung in der Hauptabteilung VII (KfB) für:
Alleinerziehende Und Schwangere erhalten ab 01.04.2011 bei der Berechnung der Kosten der
Unterkunft (KdU) ein zusätzlicher Bedarf für eine weitere Person gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.7.

Vorlage-Nr.: 4134-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-007

Betreff: **Gültigkeit der Richtlinien zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten - Antrag Die Linke/DKP**Beschluss: **erledigt**

Vorsitzender Hartmann verweist auf die in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales gegebene Beschlussempfehlung, den Antrag für erledigt zu erklären, und stellt Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest, diese Beschlussempfehlung zu übernehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert die Gültigkeit der Richtlinien zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten (vgl. Vorlage 4089-2010/Da/Di) nicht zum 01.02.2011 – sondern rückwirkend zum 1.11.2010 gültig werden zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.8.

Vorlage-Nr.: 4136-2011/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Unerledigtes - Antrag FDP**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Landrat Schellhaas verweist auf die als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Aufstellung der noch in der Beschlussüberwachung befindlichen Vorgänge der 8. Wahlzeit, die als Tischvorlage allen Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses verteilt wurde.

Nach Aussprache bittet **Abg. Hoffie** (FDP) auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten.

Vorsitzender Hartmann stellt das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest, auf eine Beschlussempfehlung zu verzichten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die in der zu Ende gehenden 8. Legislaturperiode noch nicht oder nicht vollständig erledigten Beschlüsse vorzulegen und unverzüglich umzusetzen.

Beschluss zu TOP 1.9.

Vorlage-Nr.: 4138-2011/DaDi

Aktenzeichen: 031-023

Betreff: **Vorlage Jahresabschluss 2009 - Antrag FDP**

Beschluss: **erledigt**

Vorsitzender Hartmann verweist auf die unter TOP 2.14. gegebenen Erläuterungen sowie den vorgelegten ungeprüften Jahresabschluss 2009. Hierauf erklärt **Abg. Hoffie** (FDP), dass der Antrag mit den gegebenen Informationen für erledigt erklärt werden kann.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, den Gesamtabschluss 2009 – geprüft oder ungeprüft – vorzulegen (angekündigt in der HFA-Sitzung vom 6.12.2010 unter DS 4035-2010/DaDi) und mit dem Konsolidierungsbericht die wesentlichen Abschlüsse darzustellen.
2. Der Kreisausschuss legt den Bericht an den RP über die Erfüllung der Auflagen des Genehmigungsbescheids vom 18.03.2010, fällig zum Ende des Haushaltsjahres 2010, dem Kreistag über den HFA zur Stellungnahme vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> 3
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.10.

Vorlage-Nr.: 4130-2011/DaDi

Aktenzeichen: 039-010

Betreff: **Schuldenbremse - Antrag Die Linke/DKP**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt- Dieburg lehnt eine Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Hessischen Landesverfassung aus kommunalpolitischen Gründen ab. Der Kreistag fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, diese Verankerung abzulehnen und gegen die Schuldenbremse ihre Stimme am 27.3. 2011 zu erheben. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, sich dem Votum des Kreistags anzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 3859-2010/DaDi

Aktenzeichen: 031-004

Betreff: **Ergebnisse des Portfoliomanagements - Halbjahresbericht 2010**Beschluss: **Kenntnis genommen****Landrat Schellhaas teilt mit:**

Seit Beginn des Portfoliomanagements wurden bis zum Stichtag am 02.07.2010 folgende Erträge und Einsparungen im Rahmen des Portfoliomanagements für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Eigenbetriebe erwirtschaftet:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	1.869.829,38 €
Eigenbetrieb KiBiS (Kinder-/Jugendbetreuung und Bildungsstätten)	22.814,99 €
Eigenbetrieb Kreiskliniken (KKH)	3.953,40 €
Da-Di-Werk, Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement	333.295,84 €

Die Zuordnung der Ergebnisse erfolgt zur Vergleichbarkeit analog der Aufstellung der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), in deren Bericht keine Abgrenzung in unterschiedliche Haushaltsjahre vorgesehen ist, sondern die Zahlflüsse gem. ihrer Fälligkeit berücksichtigt werden.

Eine entsprechende Darstellung zur Abgrenzung der Haushaltsjahre erfolgt sowohl buchhalterisch als auch in Form einer Aufstellung als Anlage zur jeweiligen Bilanz.

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 3924-2010/DaDi

Aktenzeichen: 416-004

Betreff: **Unterzeichnung Pflegestützpunktvertrag**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschlussvorschlag:**

1. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg errichtet gemeinsam mit den Landesverbänden der Pflege- und Krankenkassen in Hessen im Kreishaus in Dieburg einen Pflegestützpunkt gemäß § 92 c SGB XI.
2. Der Unterzeichnung des im Entwurf als Anlage beigefügten Vertrages zur Einrichtung des Pflegestützpunktes im Landkreis Darmstadt-Dieburg (Stützpunktvertrag) wird zugestimmt.
3. Die für die Personalgrundausrüstung erforderliche Vollzeitstelle (EG 9) steht im Stellenplan 2010/2011 zur Verfügung.
4. Die für den Finanzierungsanteil des Landkreises Darmstadt-Dieburg an den laufenden Betriebskosten des Jahres 2011 erforderlichen Mittel in Höhe von 5.856,00 € stehen im Wirtschaftsplan 2010/2011 unter Produkt 1.05.01.07.02, Sachkonto 6063000, haushaltsrechtlich zur Verfügung.
5. Dem Kreisausschuss ist jährlich ein Erfahrungs- und Arbeitsbericht vorzulegen.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.05.01.07.02

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2011	2012	2013
Sachkonto:			
6063000	5.856,00 EUR	6.056,00 EUR	6.056,00 EUR
6200000	35.000,00 EUR	36.000,00 EUR	37.000,00 EUR
6400000	7.000 EUR	7.200,00 EUR	7.400,00 EUR
6470000	3.300 EUR	3.400,00 EUR	3.500,00 EUR
Erträge	2011	2012	2013
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 3967-2010/DaDi

Aktenzeichen: 031-042

Betreff: **Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens für den Eigenbetrieb Kreiskliniken,
Herstellungskosten des Zentrums für seelische Gesundheit in Groß-Umstadt**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschlussvorschlag:

Die Zinsbindung entspricht einer Gesamtlaufzeit von 30 Jahren. Ausgezahlt wird das Kapital am 20.12.2010. Die Tilgung erfolgt in 60 identischem Halbjahresraten in Höhe von jeweils 43.000,00 €

In Anspruch genommen wird die Kreditermächtigung des Nachtrages für das Wirtschaftsjahr 2009.

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.: 3989-2010/DaDi

Aktenzeichen: 031-003

Betreff: **Aufnahme eines kurzfristigen KfW-Darlehens zur Finanzierung eines Nahwärmenetzes mit anschließender Bezuschussung des Bundes**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschlussvorschlag:**

Zur Finanzierung der Errichtung eines Nahwärmenetzes zur Anbindung mehrerer Schulgebäude auf dem Schulgelände „Auf der Leer“ in Dieburg an eine neu zu errichtende Biomassefeuerungsanlage wird der Aufnahme eines kurzfristigen KfW-Darlehens in Höhe von

76.400,00 €

mit einem Zinssatz von 1 % zugestimmt.

Der Abruf erfolgt unmittelbar nach Beschlussfassung und führt durch Abzug eines vierprozentigen Disagios zu einem Auszahlungsbetrag in Höhe von 73.344,00 €. Das tilgungsfreie Kapital wird nach Fertigstellung der Maßnahme im Jahre 2011 durch einen Zuschuss des Bundes abgelöst.

Finanzielle Auswirkungen:

Aufwendungen Disagio	2010	2011	2012
Sachkonto: 317xx	3.056,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Darlehensaufnahme	2010	2011	2012
Sachkonto: 317xx	73.344,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Aufwendungen Zinsen	2010	2011	2012
Sachkonto: 73000	95,50 EUR	509,33 EUR	0,00 EUR
Erträge Zuschuss	2010	2011	2012
Sachkonto: 29990	0,00 EUR	73.344,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 2.5.

Vorlage-Nr.: 4044-2010/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (November 2010)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat November 5,11 % beträgt. Im November 2010 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.751 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 191 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2010.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	August 2010	September 2010	Oktober 2010	November 2010
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.367 / 3,54 %	5.244 3,46 %	5.265 3,47 %	5.146 3,39 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.922 / 1,93 %	2.708 1,78 %	2.677 1,77 %	2.605 1,72 %
Arbeitslose - insgesamt -	8.289	7.952	7.942	7.751
Arbeitslosenquote in %	5,47 %	5,24 %	5,24 %	5,11 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (November 2009) um insgesamt 412 Personen gesunken (die Arbeitslosenquote lag bei 5,36 %). Im November 2009 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 8.163 Personen arbeitslos gemeldet (5.314 Personen bzw. 3,49 % im Rechtskreis SGB II und 2.849 Personen bzw. 1,87 % im Rechtskreis SGB III).

Bezüglich der gemeldeten Stellen wird mitgeteilt, dass bei der Agentur für Arbeit Darmstadt im November 2010 4.969 freie Stellen gemeldet waren. Davon sind 1.077 der freien Stellen (rund 22 %) aus Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Das wiederum sind 247 freie Stellen mehr, als im Vorjahresmonat November 2009.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	August 10	September 10	Oktober 10	November 10
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,5	5,2	5,2	5,1
Kreis Bergstraße	5,4	5,1	5,0	4,9
Stadt Darmstadt	6,8	6,4	6,4	6,0
Kreis Groß-Gerau	6,0	5,7	5,6	5,5
Odenwaldkreis	6,1	5,7	5,5	5,4

Die durchschnittliche AL-Quote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat November 5,3 %. Das sind 0,1 % bzw. 705 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2010.

Beschluss zu TOP 2.6.

Vorlage-Nr.: 4089-2010/DaDi

Aktenzeichen: 412-007

Betreff: **Aktualisierung der Richtlinie zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zum 01.02.2011**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschlussvorschlag:

Die gemäß § 22 Absatz 1 SGB II bzw. § 29 Absatz 1 SGB XII zu übernehmenden Kosten der Unterkunft und Heizung werden ab 01.02.2011 nach der nachstehend erläuterten Richtlinie für den Landkreis Darmstadt-Dieburg bemessen.

Beschluss zu TOP 2.7.

Vorlage-Nr.: 4092-2010/DaDi

Aktenzeichen: 412-032

Betreff: **Zielvereinbarung zwischen dem Hessischen Sozialministerium und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage des **Abg. Helfmann** (CDU) teilt **Erste Kreisbeigeordnete Lück** mit, dass im Bereich der Eingliederung gemäß § 16, § 16e und § 16f SGB II im Jahr 2010 Aufwendungen für Transferleistungen i. H. v. 8.775.356,98 € entstanden sind. Dem gegenüber stehen Erträge von Bund und Land i. H. v. 8.896.952,12 € sowie Erträge für sonstige Erstattungen bzw. Rückzahlungen gew. Hilfen i. H. v. 58.995,71 €

Im Haushaltsplan 2010 waren Aufwendungen für Transferleistungen von 11.641.835,00 € und Erträge von Bund und Land von 11.599.835,00 € sowie aus sonstigen Erstattungen i. H. v. 42.000,00 € vorgesehen.

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt zur Kenntnis:

Die mit dem Land Hessen für 2011 abzuschließende Zielvereinbarung wird zur Kenntnis gegeben. Alle 13 hessischen Optionskommunen werden am 10.01.2011 diese Zielvereinbarung mit gleichem Wortlaut unterschreiben. Individuell ergänzt werden lediglich die zur Verfügung stehenden Budgets.

Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg ist erkennbar, dass das für 2011 zur Verfügung stehende Gesamtbudget bestehend aus Personal- und Sachkosten sowie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 12,84 % sinken wird.

Während das Verwaltungs- und Sachkostenbudget nur geringfügig (- 0,11 %) sinkt, werden die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 22,70 % reduziert!

Beschluss zu TOP 2.8.

Vorlage-Nr.: 3923-2010/DaDi/1

Aktenzeichen: 031-003

Betreff: **Aufnahme eines KfW-Kommunaldarlehen zum 15.12.2010 zur Finanzierung der energetischen Sanierungsmaßnahmen in Trakt 1**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordneter Fleischmann teilt mit, dass das Angebot der KfW-Bankengruppe vom Juni 2010, für alle Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Gemeindevorstände Darlehen im Rahmen des „Kommunkredit-Investitionsoffensive Infrastruktur-Programms 207“ zu attraktiven Konditionen bereitzustellen, zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahme genutzt werden soll. Der Kreisausschuss hatte dem Vorgehen unter der Vorlagen-Nr. 3923-2010/DaDi am 16.11.2010 zugestimmt.

Nachdem der Darlehensantrag in Höhe von 4 Mio. € vom 30.08.2010 durch den KfW-Bewilligungsbescheid vom 27.09.2010 bestätigt wurde, hat das Da-Di-Werk das Darlehen am 02.12.2010 abgerufen.

Die bei Angebotsabgabe in Aussicht gestellten Zinsen in Höhe von 0,75 % für die drei Folgejahren nach den ersten beiden zinslosen Jahren konnten aber nicht mehr von der KfW-Bankengruppe gewährt werden.

Gemäß den Geschäftsbedingungen der KfW ist die Verzinsung für die drei Folgejahre am Tag der Auszahlung aufgrund der dann gültigen Konditionenübersicht für Endkreditnehmer festgeschrieben.

Der Zinssatz beträgt demgemäß nunmehr 1,55 %.

Der in Aussicht gestellte Zinssatz in Höhe von 0,75 % entsprach den bei Antragsstellung aktuellen Konditionen. Ausgehend von etwa 3,85 % Zinsen, die man am Kreditmarkt zurzeit für ein solches Kommunaldarlehen zu zahlen hat, ist trotz der KfW-Zinserhöhung dieser eingeräumte Kommunalkredit sehr günstig.

Beschluss zu TOP 2.9.

Vorlage-Nr.: 4093-2010/DaDi

Aktenzeichen: 031-003

Betreff: **Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens für den Eigenbetrieb Da-Di-Werk zur Restfinanzierung der energetischen Sanierungsmaßnahmen von Trakt 1**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschlussvorschlag:

Für die Finanzierung der energetischen Sanierungsmaßnahmen von Trakt 1 des Kreishauses in Kranichstein wird der Aufnahme eines KfW-Kommunaldarlehens aus der Kreditermächtigung für das Wirtschaftsjahr 2010 zum 01.03.2011 in Höhe von

3.800.000,00 €

zugestimmt.

Das Kapital wird bei fünfjähriger Zinsbindung in den ersten zwei Jahren zinsfrei und in den drei Folgejahren zu einem Zinssatz in Höhe von zurzeit 1,55 % zu Verfügung gestellt. Gemäß den Geschäftsbedingungen der KfW wird der endgültige Zinssatz für die drei Folgejahre am Tage der Auszahlung aufgrund der dann gültigen Konditionenübersicht für Endkreditnehmer festgeschrieben.

Die Tilgung erfolgt in 100 gleichen Vierteljahresraten in Höhe von jeweils 38.000,00 €

Beschluss zu TOP 2.10.

Vorlage-Nr.: 4099-2011/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Dezember 2010)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat Dezember 5,11 % beträgt. Im Dezember 2010 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.751 Personen arbeitslos gemeldet. Das ist exakt die gleiche Anzahl an Personen wie im Monat November 2010.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	September 2010	Oktober 2010	November 2010	Dezember 2010
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.244 3,46 %	5.265 3,47 %	5.146 3,39 %	5.177 3,41 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.708 1,78 %	2.677 1,77 %	2.605 1,72 %	2.574 1,70 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.952	7.942	7.751	7.751
Arbeitslosenquote in %	5,24 %	5,24 %	5,11 %	5,11 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (Dezember 2009) um insgesamt 542 Personen gesunken (die Arbeitslosenquote lag bei 5,4 %). Im Dezember 2009 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 8.293 Personen arbeitslos gemeldet (5.384 Personen bzw. 3,5 % im Rechtskreis SGB II und 2.909 Personen bzw. 1,9 % im Rechtskreis SGB III).

Dazu waren im Monat Dezember bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.021 freie Stellen aus Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Das sind 243 freie Stellen mehr, als im Vorjahresmonat Dezember 2009.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	September 10	Oktober 10	November 10	Dezember 10
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,2	5,2	5,1	5,1
Kreis Bergstraße	5,1	5,0	4,9	4,9
Stadt Darmstadt	6,4	6,4	6,0	6,0
Kreis Groß-Gerau	5,7	5,6	5,5	5,5
Odenwaldkreis	5,7	5,5	5,4	5,5

Die durchschnittliche AL-Quote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat Dezember 5,3 %. Bei gleicher Quote sind es 37 Personen mehr als im Vormonat November 2010.

Beschluss zu TOP 2.11.

Vorlage-Nr.: 4106-2011/DaDi

Aktenzeichen: 031-004

Betreff: **Ergebnisse des Portfoliomanagements - Jahresbericht 2010**Beschluss: **Kenntnis genommen****Landrat Schellhaas teilt mit:**

Seit Beginn des Portfoliomanagements wurden bis zum Stichtag am 31.12.2010 folgende Erträge und Einsparungen im Rahmen des Portfoliomanagements für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Eigenbetriebe erwirtschaftet:

Landkreis Darmstadt-Dieburg (seit 2003)	1.888.143,56 €
Eigenbetrieb KiBiS (seit 2005)	45.927,52 €
Eigenbetrieb Kreiskliniken (seit 2010)	10.010,88 €
Eigenbetrieb Da-Di-Werk (seit 2004)	313.542,21 €

Die Zuordnung der Ergebnisse erfolgt zur Vergleichbarkeit analog der Aufstellung der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), in deren Bericht keine Abgrenzung in unterschiedliche Haushaltsjahre vorgesehen ist, sondern die Zahlflüsse gem. ihrer Fälligkeit berücksichtigt werden.

Eine entsprechende Darstellung zur Abgrenzung der Haushaltsjahre erfolgt sowohl buchhalterisch als auch in Form einer Aufstellung als Anlage zur jeweiligen Bilanz.

Beschluss zu TOP 2.12.

Vorlage-Nr.: 4121-2011/DaDi

Aktenzeichen: 031-004

Betreff: **Prolongation von Darlehen des Landkreises Darmstadt-Dieburg; Roll-Over-Vereinbarung zum 31.01.2011**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschlussvorschlag:**

Der nach Ablauf der Zinsbindung zum 31.01.2011 erforderlichen Prolongation des Darlehens Nummer 800 030 336 bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) in Höhe der Restschuld von

2.467.741,62 €

wird zugestimmt.

Der Abschluss erfolgt in Form einer Roll-Over-Vereinbarung bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) auf Grundlage des 6-Monats-Euribors zuzüglich einem Aufschlag in Höhe von 0,095 % für die Laufzeit von 3 Jahren bei halbjährlichen Zins- und Tilgungsleistungen.

Insgesamt wurden für das Darlehen die folgenden Konditionen gesichert:

Vertragsnummern		Zinssatz aus dem Payer- Swap	Aufschlag aus dem variablen Darlehen	Summe Zinssatz	Enddatum Darlehen
Darlehen Nr. vor der Prolongation	Payer-Swap Referenz-Nr.				
800 030 336	296 37 83	4,140 %	+ 0,095%	4,235 %	31.01.2014

Beschluss zu TOP 2.13.

Vorlage-Nr.: 4143-2011/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Verbraucherberatung - Information zu den Beratungsstellen in Darmstadt und in Dieburg**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas informiert über die Arbeit der beiden Verbraucherberatungsstellen in Darmstadt und in Dieburg und gibt folgenden Bericht zur Kenntnis.

Zur Unterstützung der Durchführung des Beratungsangebots für Verbraucherinnen und Verbraucher werden die beiden Beratungsstellen in Darmstadt und Dieburg vom Landkreis Darmstadt-Dieburg mit jeweils €5.100,00 jährlich bezuschusst.

Verbraucherberatung in der Beratungsstelle in Darmstadt:

Der Träger der Beratungsstelle in Darmstadt ist die Verbraucherzentrale Hessen e.V., Luisenplatz 6 in Darmstadt. Die Beratungsdienstleistungen werden im Beratungszentrum am Luisenplatz in Darmstadt angeboten.

Aus der folgenden Übersicht gehen die themenbezogenen Beratungen hervor, die in den beiden Jahren von den Beraterinnen und Beratern in Darmstadt durchgeführt wurden:

Beratungsthemen	Anzahl der Beratungen	
	2009	2010
Bauen, Energie, Umwelt	1.379	1.748
Ernährung	3.501	4.184
Finanzen und Versicherungen	598	1.053
Gesundheit und Patientenberatung	139	220
Telekommunikation und Neue Medien	635	958
Markt und Recht	644	1033
Reise und Mobilität	850	75
Summe der Einzelberatungen	7.746	9.271
Zzgl. Kurzberatung/Auskunft/Verweis	17.764	19.700
Summe aller Beratungen	25.510	28.971
davon: Beratungen für Beratungssuchende aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg (rund 40 % aus der Summe aller Beratungen)	10.204	11.588

In der elektronischen Software der Beratungsstelle in Darmstadt können lediglich die Gesamtkontakte erfasst werden. Daher werden bei den Beratungsgesprächen unregelmäßige zusätzliche Stichproben erhoben, um den Anteil der Beratungssuchenden aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg festzustellen. Dabei wird immer wieder bestätigt, dass der Anteil der Beratungssuchenden, die ihren Wohnsitz im Landkreis Darmstadt-Dieburg haben, bei rund 40 % aller Beratungssuchenden liegt. Etwa 40% der Beratungssuchende haben ihren Wohnsitz in Darmstadt und weitere 20 % kommen aus der Region.

Das Beratungsteam der Verbraucherberatung Hessen e.V., Beratungszentrum Darmstadt/Region Starkenburg bietet der Öffentlichkeit folgende Beratungsschwerpunkte an:

Die größte Beratungsnachfrage gibt es in den Themen Ernährung, Energie, Verbraucherrecht, Telekommunikation und Internet, Versicherungen, Patientenrecht sowie im Schuldenbereich in dem individuelle Hilfestellungen bei wirtschaftlichen Entscheidungen vorgestellt werden.

Begleitend dazu werden die Endverbraucher mit einem Angebot von Verbraucherinformationsbroschüren sowie einer Presse und Öffentlichkeitsarbeit über ihre Verbraucherrechte aufgeklärt.

In einem weiteren Schwerpunkt wird über die Qualität und die Gefahr von Angeboten, wie beispielsweise rechtswidrige Verkaufspraktiken und irreführende Werbemaßnahmen informiert. Damit soll die Anzahl der Fälle verringert werden, durch die Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund unzulässiger Vertragsbedingungen benachteiligt werden könnten.

Weiterhin werden im Beratungsangebot aktuelle Themen wie bei „Ernährungsskandalen“ oder Veränderungen im Versicherungsbereich, Änderungen im Energiebereich umgehend aufgegriffen.

In der Trendbetrachtung ist davon auszugehen, dass auch künftig der Beratungsbedarf insbesondere im Telekommunikationsbereich/Internet enorm steigen wird. Weitere Schwerpunktthemen liegen künftig auch im Rechts- und Versicherungsbereich sowie in Fragen der Altersvorsorge.

Durch die immer komplexer werdenden Sachverhalte nehmen die Einzelberatungen wesentlich mehr Zeit in Anspruch als noch vor einigen Jahren. Aufgrund der personellen Situation können Wartezeiten von 4 Wochen entstehen.

Die Beratungsstelle in Darmstadt ist an 4 Tagen in der Woche zu unterschiedlichen Zeiten mit insgesamt rund 21 Stunden geöffnet. Für die Beratungen und Auskünfte sind rund 5 angestellte Beratungskräfte und weitere etwa 8 Honorarkräfte eingesetzt. Aufgrund der rückläufigen Einnahmen und Zuwendungen wird eine Neubesetzung von freiwerdenden Stellen immer schwieriger. Nach den Ausführungen der Beratungsstelle fehle es generell an Nachwuchskräften. Die stetig steigenden Verbraucheranfragen und Beratungen werden tendenziell von einem immer weniger werdenden Personalstamm geschultert.

Die Gesamtausgaben der Verbraucherzentrale Darmstadt betragen rund € 240.000 im Jahr. Die größte Ausgabenposition in der Höhe von rund € 190.000 sind die Gehälter und die Honorare der Beratungskräfte. Die Miete für die Büroräume in Höhe von rund € 32.000 ist ebenfalls eine große Ausgabenposition; gefolgt von den allgemeinen Geschäftsausgaben für die Beratungsgeschäftsstelle.

Die Beratungsstelle in Darmstadt finanziert sich durch folgende Einnahmen: Zuwendung des Landes Hessen (rund € 65.000), der Kommunen (insgesamt rund € 36.000, darunter € 5.100 vom Landkreis Darmstadt-Dieburg), Projektmittel (rund € 85.000), der Beratungsentgelte der Verbraucher (€ 40.000), dem Verkauf von Publikationen (rund € 13.000), und sonstigen Einnahmen.

Verbraucherberatung in der Beratungsstelle in Dieburg:

Die Beratungsstelle in Dieburg hat ihre Beratungsräume im Technologie- und Innovationszentrum in Dieburg. Der Träger dieser Beratungsstelle ist die Verbraucherberatung im Deutschen Hausfrauenbund (DHB) – Netzwerk Haushalt, Landesverband Hessen e.V. mit Sitz in Korbach.

Das Beratungsangebot wird überwiegend von den Menschen aus Dieburg und Umgebung, also dem ländlichen Raum im Landkreis Darmstadt-Dieburg, im Rahmen der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle im Technologie- und Innovationszentrum in Dieburg genutzt.

Folgende Beratungen wurden in den vergangenen beiden Jahren von den Beraterinnen und Beratern in Dieburg durchgeführt:

Beratungsthemen	Anzahl der Beratungen	
	2009	2010
Altersvorsorge, Versicherungen, Bankgeschäfte	69	95
Verbraucherrechte: Kauf-, Reiserecht, Sonstige	108	117
Telekommunikation / Fernabsatzgeschäfte	165	156
Reklamationen (Handwerk)	33	32
Haushalt/Geräte	81	87
Reise- und Gewinnspiel	86	85
Energie	73	49
Bauen, Wohnen, Garten	94	45
Auto, Freizeit, Hobby	45	37
Gesundheit/Ernährung	77	62
Rechtsberatung	56	41
Verschiedenes	168	202
Summe der Beratungen	1.055	1.008
Zzgl. Teilnehmer/innen in Vorträgen	--	76
Summe aller Beratungen	1.055	1.084

Trotz der umfangreichen Informationen aus den Medien wie Internet, Zeitschriften, Funk und Fernsehen in denen sehr viel Verbraucheraufklärung geleistet wird, kommen Ratsuchende gezielt zu einem persönlichen Beratungsgespräch in die Beratungsstelle nach Dieburg. Die Ratsuchenden schätzen vor allem die Möglichkeit von einem unabhängigen Beratungspartner neutral beraten zu werden. Diese persönlichen Beratungen sind zumeist relativ zeitaufwändig und werden von Altersgruppen aller Bevölkerungsschichten nachgefragt.

Auch in der Beratungsstelle Dieburg ist die Nachfrage in Bezug auf kostenpflichtige Ratgeber und Broschüren stark zurückgegangen. Begleitend dazu steigt das Interesse nach kostenfreien Informationen.

Die Beraterinnen der Beratungsstelle Dieburg werden den Schwerpunkt künftig auf präventiver Beratungstätigkeit legen. Hierzu wird das Beratungsteam verstärkte Kontakte zu Vereinen und auch den Schulen aufnehmen, um direkt vor Ort zu speziellen Verbraucherthemen zu referieren. Zudem sollen die Kontakte zu Vereinen und Verbänden weiter ausgebaut werden, um verstärkt mit konkreten Fachthemen vor Ort die Konsumenten zu erreichen. Ein weiterer Schwerpunkt wird künftig auch der Themenbereich „Ernährungsberatung“ sein.

Die Beratungsstelle in Dieburg ist an 4 Wochentagen auf Vormittage und Nachmittage verteilt geöffnet. Die Öffnungszeiten umfassen insgesamt rund 15 Stunden. Aktuell werden diese Beratungszeiten von zwei Beraterinnen gewährleistet.

Die Honorare der Beratungskräfte stellen mit rund € 11.000 auch den größten Posten bei den Ausgaben dar. Die Gesamtausgaben betragen knapp €14.000.

Neben Einnahmen durch Beratungsentgelte, Broschürenverkauf und Vorträge finanziert sich die Beratungsstelle zum größten Teil über die Zuwendung durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg (€ 5.100) und das Land Hessen (rund €7.000).

Das Büro der Verbraucherberatung im TIZ Dieburg stellt der Landkreis Darmstadt-Dieburg kostenfrei zur Verfügung.

Die Ausführungen zu den Finanzierungen zeigen, dass die gewährten Zuwendungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg für die beiden Träger der Verbraucherberatungen in Darmstadt und in Dieburg nur einen geringen Teil der recht hohen Ausgaben abdecken.

Beide Beratungsstellen sowohl in Darmstadt als auch in Dieburg, stoßen durch den stetigen Anstieg an Beratungsbedarfen und den letztlich sinkenden Personalressourcen an Grenzen der Machbarkeit. In beiden Beratungsstellen fehlt das erforderliche finanzielle Potenzial für die Beschäftigung weiterer Beratungskräfte.

Beschluss zu TOP 2.14.

Vorlage-Nr.: 4157-2011/DaDi

Aktenzeichen: 031-023

Betreff: **Jahresabschluss 2009**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas und **Herr Hutterer** geben weitere Erläuterungen. **Vorsitzender Hartmann** weist darauf hin, dass nach Prüfung durch das Revisionsamt der Jahresabschluss 2009 den Gremien erneut zur Beratung vorgelegt wird.

Beschlussvorschlag:

Landrat Schellhaas legt den ungeprüften Jahresabschluss 2009 zur Kenntnisnahme vor und teilt mit, dass dieser dem Revisionsamt zwecks Prüfung zugeleitet wurde.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Landrat Schellhaas teilt mit, dass er aufgrund der Beratung im Infrastruktur und Umweltausschuss und dem von den Fraktionen geäußerten Wunsch, vor einer abschließenden Befassung auch den angekündigten Abschlussbericht zu erhalten, vorschlägt, die Vorlage-Nr. 3960-2010/DaDi bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Zum Abschluss bedankt sich **Kreistagsvorsitzender Dr. Lavies** bei **Vorsitzenden Hartmann** für seine 10-jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses und sein ehrenamtliches Engagement als stv. Vorsitzender des „Schul-“, bzw. Haupt- und Finanzausschusses in den Jahren davor.

Vorsitzender Hartmann schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 18. Februar 2011

Bernd Hartmann
Vorsitzender

Rainer Leiß
Schriftführer